



öffentlich

Betreff:
Vielfalt im Gedenken

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 25.08.2015

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

09.09.2015 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zu prüfen, in welcher Form der Toten und der Ereignisse vom 16. März 1920 in Potsdam gedacht werden kann.

Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung im November 2015 vorzulegen.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Am 15. März 1920 wurden in Potsdam und Nowawes Aktionsbündnisse gegründet und zur Beteiligung am Generalstreik zur Beseitigung des Kapp-Lüttwitz-Regimes aufgerufen. Hier wurden 109 Betriebe bestreikt. Damit kamen die Potsdamer Arbeiter den Aufrufen der Reichsregierung und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 13. März und der KPD vom 14. März nach.

Am 16. März kam es zu einem offenen Zusammenstoß zwischen Soldaten und der demonstrierenden Bevölkerung. Auf dem Luisenplatz kam es zu einer Massenversammlung, auf der Hermann Eiflein sprach. Von hier aus formierte sich ein Demonstrationszug mit ca. 1000 Personen zum Rathaus am Alten Markt. Als er sich dem Stadtschloss näherte, gab der Führer der hier stationierten Wachtruppe den Befehl, auf die unbewaffneten Kapp-Gegner zu feuern. Die Bilanz: vier Tote und zahlreiche Verwundete.

Ein Nachspiel der besonderen Art folgte in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung. Hier hatten die Fraktionen der SPD und USPD unter dem Druck ihrer Mitglieder einen Antrag eingebracht, „dem Oberbürgermeister (Vosberg) das Misstrauen über das Verhalten während des militärischen Putsches auszusprechen“. Sowohl dieser als auch ein weiterer Antrag, „zur Errichtung eines Gedenksteines an der Mordstelle zur Erinnerung an die Opfer“ wurden von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Somit blieb die Ermordung von unbewaffnet demonstrierenden Potsdamer Bürgern ungesühnt, das Gedenken an sie wurde verhindert.

95 Jahre danach- der Landtag wurde in der Hülle des Stadtschlusses wieder aufgebaut. Ist es da nicht an der Zeit, dieser Opfer zu gedenken? DIE LINKE Potsdam schlägt vor, dass sich der Oberbürgermeister bei der Landesregierung für das Anbringen einer Gedenkplakette für die vier Opfer und zahlreichen Verletzten einsetzt. Was einst nicht gelang, sollte heute unter einer rot-roten Landesregierung möglich sein.